

Einführung

Die Erfolge populistischer Parteien waren eines der beherrschenden Themen der Europawahlen vom Mai 2019. Die „Flüchtlingskrise“ von 2015 und den Folgejahren hat in vielen europäischen Ländern die Schattenseiten der Zuwanderung ins Zentrum öffentlicher Auseinandersetzungen treten lassen. In einer Reihe von Mitgliedsstaaten konnten „rechtspopulistische“ Parteien große Erfolge bei der Mobilisierung von Wählern erringen, die Massenmigration aus außereuropäischen Ländern als kulturelle oder auch sozial-ökonomische Bedrohung sahen. Eine systematische Auswertung von Wahl- und Umfragedaten in den Staaten der Europäischen Union (EU) ließ im Vorfeld der Wahlen eine deutliche Gewichtszunahme der (harten wie weichen) „Euroskeptiker“ am rechten Flügel der Parteiensysteme erwarten.¹ Auf sie konzentrierte sich die Aufmerksamkeit derer, die eine Schwächung des europäischen Integrationsprojektes und seiner Leitideen befürchteten.

In der öffentlichen Auseinandersetzung erschienen die Populismen oft zu sehr als Block, wurde ihre Variationsbreite wenig beachtet. Auch in der wissenschaftlichen Diskussion konzentrierte sich die Auseinandersetzung auf den „Rechtspopulismus“, während der „Linkspopulismus“ weit geringere Beachtung fand, wenn er nicht gar als Phänomen gänzlich in Abrede gestellt wurde. Allerdings ist die Zahl der Analysen in den letzten Jahren merklich gestiegen, die „Rechts-“ und „Linkspopulismus“ gleichermaßen erfassen, die Unterschiede, Gemeinsamkeiten wie Wechselbeziehungen untersuchen und die von ihnen ausgehende Dynamik innerhalb der europäischen (und außereuropäischen) Parteiensysteme in ihren sozialen, ökonomischen und kulturellen Bedingungen zu bestimmen suchen.

Die Autoren dieses Themenheftes widmen sich dieser Aufgabe anlässlich der Europawahlen auf unterschiedliche Weise. Der in den USA lehrende niederländische Parteienforscher Cas Mudde, dessen Arbeiten zum Populismus international breite Beachtung gefunden haben, eröffnet den Reigen mit einer aktuellen Bestandsaufnahme, die definitorische Einordnungen ebenso vornimmt wie Kräfteverhältnisse ergründet. Indem er Populismus als „dünne Ideologie“ fasst, die einen homogenisierenden Volksbegriff gegen eine pauschal als korrupt geltende Elite ausspielt, gelingt es ihm zugleich, die mannigfachen Verbindungen dieses Kernkonstrukts mit ideologischen Elementen unterschiedlicher historischer Provenienz zu vermessen: mit Nativismus und Autoritarismus (Rechtspopulismus), mit verschiedenen Formen des Sozialismus und sozialdemokratischen Denkens (Linkspopulismus), mit programmatischen Elementen aus disparaten Ideologietraditionen in „ideosynkratischen“ Formen. Zugleich

1 Vgl. European Parliament, prepared by KANTAR Public, European Elections 2019. Report on the developments in the political landscape (18. April 2019), Brüssel 2019.

leistet er eine Gesamtinterpretation des Phänomens, in dem er sein Aufkommen „mit strukturellen sozialen Veränderungen“ verknüpft, die einen grundlegenden Wandel der europäischen Politik bewirkten. So führten „kognitive Mobilisierung und wachsende Ungleichheit zu einer unzufriedeneren und sich stärker artikulierenden Bevölkerung“, während die Mainstreamparteien sich wirtschaftspolitisch und supranational annäherten, bei der Wählermobilisierung ineffizienter wurden und die populistischen Akteure zugleich effektiver auf die Möglichkeiten der neuen Medien zugriffen, sich organisatorisch, personell und propagandistisch wirkungsvoller in Szene setzten.

Macht Cas Mudde ein Bündel struktureller Faktoren aus, die mit unterschiedlicher Gewichtung in allen europäischen Ländern den Erfolg populistischer Parteien erklärten, hebt der Bremer Politikwissenschaftler Philip Manow – im Gegensatz zu einer kulturelle Konflikte betonenden Interpretation („Kosmopoliten“ versus „Kommunitaristen“²) – die Schlüsselrolle einer sozialökonomischen Konfiguration für die Erklärung des Erfolgs unterschiedlicher Populismen in verschiedenen europäischen Regionen hervor. Eine zentrale Rolle in seiner Argumentation spielen zwei Unterscheidungen: erstens zwischen Ökonomien, die infolge der Globalisierung vor allem durch den grenzüberschreitenden Austausch von Gütern unter Druck geraten, und solchen, bei denen offene Grenzen für Arbeitskräfte zu einem Problem werden; zweitens zwischen Wohlfahrtsstaaten, die relativ offen für Immigranten sind, und solchen, in denen Sozialleistungen exklusiver für Arbeitsplatzbesitzer gewährt werden. Die Wahrscheinlichkeit des linkspopulistischen Erfolgs ist dann in Ländern am größten, wo die Unternehmen überwiegend auf die Befriedigung der Binnennachfrage orientiert sind und Immigranten nur schwer in den Genuss von Sozialleistungen kommen, während der rechtspopulistische Erfolg dort am wahrscheinlichsten sei, wo die Ökonomien exportstark sind und der Zugang zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen relativ offen ist.

Um die Erklärungskraft dieser Zusammenhänge zu beweisen, breitet Manow ein beeindruckendes empirisches Material aus und bearbeitet es statistisch mit großem Aufwand. Manches scheint dafür zu sprechen, dass die von weiten Teilen der vergleichenden Forschung betonten kulturellen Faktoren auf komplexe Weise mit sozialökonomischen Mechanismen zusammenwirken. Allerdings wird man dabei wohl noch stärker differenzieren müssen, weil die von Manow unterschiedenen Typen politischer Ökonomien und Sozialstaatssysteme selbst innerhalb von Staaten auf regionaler Ebene unterschiedlich ausgeprägt sind. Giovanni de Ghantuz Cubbe, Politikwissenschaftler am Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM) an der Technischen Universität Dresden, zeigt dies für Italien auf, dessen Parteiensystem seit dem großen Umbruch Mitte

2 Vgl. vor allem Wolfgang Merkel, Kosmopolitismus versus Kommunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In: Philipp Harfst/Ina Kubbe/Thomas Poguntke (Hg.), *Parties, Governments, and Elites. The Comparative Study of Democracy*, Wiesbaden 2017, S. 9–23.

der 1990er-Jahre wie kein anderes in Europa als Experimentierlabor der Populismen fungiert. Dessen ökonomische Rahmenbedingungen sind in der Lombardei ganz andere als etwa in Kalabrien, und noch dazu hat sich die rechtspopulistische Lega in den vergangenen Jahren gewandelt – von einer Verteidigerin norditalienischer Besitzstände vor dem „räuberischen“ Süden zu einer Bewegung, die südlich der Hauptstadt Sympathiewerbung betreibt und Resonanz erzielt. Und auf die Fünf-Sterne-Bewegung wiederum passt das Etikett „linkspopulistisch“ allenfalls in Teilen.

Gilles Ivaldi rechnet dieses politische Chamäleon in seiner Wahlanalyse zu den Populismen des „Zentrums“, zu jenen Formationen also, die sich weder dem rechten noch dem linken Flügel problemlos zuordnen lassen. Der in Nizza lehrende und am Centre national de la recherche scientifique tätige Forscher legt in seinem Beitrag eine der ersten Untersuchungen der Europawahlen vom Mai 2019 vor, die sich auf die Ergebnisse der European Election Studies stützt. Ihre Basis bilden vor allem Umfragen, die in den Wochen unmittelbar nach der Wahl in standardisierter Form für alle EU-Mitgliedsstaaten durchgeführt wurden, um die Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens vergleichend erfassen zu können. Die „Globalisierungsverliererthese“ bestätigt sich nach Ivaldi nur teilweise und auch nur dann, wenn subjektiv empfundene und für die Zukunft befürchtete Benachteiligung von aktuell messbarer Benachteiligung unterschieden wird. Zudem scheint die populistische Wahl in ein komplexes Gefüge sozialer, ökonomischer, politischer und kultureller Konflikte eingebettet, das variiert, je nachdem, welche Form des Populismus betrachtet wird. Als Gemeinsamkeiten treten eine skeptische bis stark ablehnende Haltung gegenüber dem Prozess der europäischen Integration, eine kritische Beurteilung der Demokratiequalität der EU und eine geringe Unterstützung für demokratische Institutionen auch auf der nationalstaatlichen Ebene hervor.

Das Themenheft schließt mit einem Beitrag, der das Populismuskonzept mit dem Extremismuskonzept verbindet, allerdings auf eine besondere Weise. Die Politikwissenschaftler Tom Manneitz (Technische Universität Chemnitz) und Isabelle-Christine Panreck (London School of Economics and Political Science ab Mai 2020 Hannah-Arendt-Institut, Dresden) prüfen die Fragen nach dem systemtransformativen Potenzial der Alternative für Deutschland, indem sie kritisch auf die Indikatoren zurückgreifen, welche die amerikanischen Politikwissenschaftler Steven Levitsky und Daniel Ziblatt systematisiert haben,³ um anhand von politischem Verhalten auf Risiken autoritärer Transformation in demokratischen Verfassungsstaaten zu schließen. Dabei geht es insbesondere um 1) die Ablehnung demokratischer Spielregeln (oder schwache Zustimmung zu ihnen); 2) die Leugnung der Legitimität politischer Gegner; 3) die Tolerierung von oder Ermutigung zur Gewalt und 4) die Bereitschaft, die bürgerlichen Freiheiten von Opponenten, einschließlich der Medien, zu beschneiden. Die

3 Steven Levitsky/Daniel Ziblatt, *Wie Demokratien sterben. Und was wir dagegen tun können*, München 2018.

ausgebreiteten Befunde entnehmen sie vor allem den Partei- und Wahlprogrammen und zahlreichen Äußerungen der Spitzenpolitiker aus Bund und Ländern. Zudem werten sie zahlreiche Untersuchungen aus, die inzwischen zur Frage der Verfassungsloyalität der Partei auf der Verhaltensebene vorliegen. Auch wer den Einschätzungen der Autoren nicht in allen Punkten zu folgen vermag, wird dem Beitrag wichtige Anregungen für die Erörterung der Frage nach dem demokratiegefährdenden Potenzial des Populismus/Extremismus entnehmen können.

Alle Beiträge dieser Zeitschrift sind seit Januar 2020 als Open Access Publikation auf der V&R-eLibrary-Plattform (www.vr-elibrary.de) frei zugänglich und außerdem im V&R Webshop (www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com) verfügbar. Mit der Transformation der Zeitschrift unterstützen das Hannah-Arendt-Institut und die Verlage Vandenhoeck & Ruprecht gemeinsam die Entwicklungen im wissenschaftlichen Publizieren und die Open Access Bewegung.

Uwe Backes